

DR. ANDREAS

NICK

Für Sie im Bundestag.

Bericht aus Berlin

Ausgewählte Termine

Montag, 6. Mai:

Besuch und Rundgang durch European Centre for Refractories (ECREF) GmbH mit Bundesbildungsministerin Anja Karliczek; anschl. Runder Tisch gemeinsam mit Institutionen aus dem Bereich Keramik aus Höhr-Grenzhausen

Dienstag, 7. Mai:

Begrüßung Baroness Massey, Berichterstatterin in der PV ER; Sitzung AG Auswärtiges; Gespräch mit KAS-Gruppe aus Lateinamerika; Delegationssitzung PV ER; Fraktionssitzung; Sondersitzung Auswärtiger Ausschuss

Mittwoch, 8. Mai:

Auswärtiger Ausschuss; Gespräch mit dem belgischen Botschafter van de Voorde; Sitzung UA Vereinte Nationen; Veranstaltung der finn. Botschaft/KAS/AA: 70 Jahre Europarat - Europas gemeinsame Werte unter Druck

Donnerstag, 9. Mai:

Plenum

Freitag, 10. Mai:

Plenum; Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Äußere Sicherheit der CDU Deutschlands

BUNDESMINISTERIN IM WAHLKREIS



Zu einem Besuch im „European Centre for Refractories“ (ECREF) in Höhr-Grenzhausen konnte der Bundestagsabgeordnete Andreas Nick die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, begrüßen.

Das ECREF engagiert sich in besonderer Weise in Forschung, Wis-

senschaft, Bildung und Ausbildung im Bereich von feuerfesten keramischen Erzeugnissen. Es unterstützt damit die Anliegen der deutschen und europäischen Feuerfest-Hersteller.

Andreas Nick freute sich, dass die Ministerin seiner Einladung gefolgt war, um sich einen Ein-

druck von der Leistungsfähigkeit des Zentrums zu verschaffen. Neben einem ausführlichen Rundgang unter der Leitung von Geschäftsführer Prof. Dr. Peter Quirnbach durch das Gebäude und einem Treffen mit Unternehmern fand auch ein Fachgespräch mit Vertretern verschiedener Institute statt. Im Fokus der lebhaften und angelegten Diskussion stand die Bandbreite der Anwendung keramischer Erzeugnisse.

Einen ausführlichen Bericht zum Besuch der Ministerin können Sie im nächsten Newsletter lesen.



Hinweis: Im Reichstagsgebäude Geborene werden in den Bundestag eingeladen

Geburtsort Reichstagsgebäude? Ja, es gibt tatsächlich Menschen, in deren Geburtsurkunden als Geburtsort das Reichstagsgebäude angegeben ist. Sie sind in den letzten Kriegsjahren in seinen Kellerräumen zur Welt gekommen, weil dorthin Teile der Geburtsstation der Charité ausgelagert worden waren. Im Laufe des Jahres 2019 feiern die 1944 dort zur Welt gekommenen Kinder ihren 75. Geburtstag.



Der Deutsche Bundestag nimmt dies auf Anregung des Abgeordneten Peter Stein zum Anlass, alle in den letzten Kriegsjahren im Reichstagsgebäude Geborenen für Sonntag, den 8. September 2019 nach Berlin einzuladen, um mit ihnen zu feiern.

Für die besonderen Gäste dieses Tages sind u.a. eine Sonderführung des Besucherdienstes und ein gemeinsames Essen geplant. Bürgerinnen und Bürger, in deren Geburtsurkunde der Reichstag als Geburtsort eingetragen ist und die am 8. September 2019 gern nach Berlin und an die Stätte ihrer Geburt, das Reichstagsgebäude, kommen möchten, werden gebeten, mit der Bundestagsverwaltung Kontakt aufzunehmen. Bitte melden Sie sich beim:

„Veranstaltungsmanagement, Sonderprojekte“; Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin Tel. 030 227-32143, Fax 030 227-36141

REDE UN-BUNDESWEHREINSATZ MALI



Mit großer Mehrheit hat der Bundestag am Donnerstag das Mandat für den Einsatz der Bundeswehr in Mali im Rahmen der Friedensmission MINUSMA der Vereinten Nationen um ein weiteres Jahr verlängert. Andreas Nick sprach dazu im Plenum. Seit sechs Jahren leistet die Bundeswehr einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung Malis und zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Ort. Zusammen bilden die VN-Mission MINUSMA und die EU-Ausbildungsmission EUTM mit einer Mandatsobergrenze von 1450 deutschen Einsatzkräften den derzeit größten Auslands-

einsatz der Bundeswehr. Dieser zählt zu den anspruchsvollsten und gefährlichsten, die der Bundestag bislang mandatiert hat. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass unsere Soldatinnen und Soldaten auf die bestmögliche Ausrüstung zurückgreifen können. Künftige Beschaffungsvorhaben müssen sich noch stärker an den Anforderungen einer "Armee im Einsatz" orientieren. Es liegt in der Verantwortung des Bundestages, im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung die hierfür notwendigen Mittel bereitzustellen. Angesichts der anhaltend fragilen

Lage in Mali hat die militärische Absicherung des Friedensprozesses in dem Land nicht an Bedeutung verloren. Auch, weil eine Verschärfung der Krise im Sahel direkte Auswirkungen auf Europa hätte, vor allem durch die Ausbreitung der terroristischen Bedrohung aus der Region.

Der Einsatz der Bundeswehr in Mali schafft somit Sicherheit sowohl in Afrika als auch bei uns in Deutschland und trägt dazu bei, die Voraussetzungen für eine in Eigenverantwortung umgesetzte politische Lösung im Sahel zu bereiten.



Schülergruppe aus Montabaur zu Gast in Berlin



In dieser Woche empfing Andreas Nick erneut Gäste aus seinem Wahlkreis. Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde des Mons-Tabor-Gymnasiums aus Montabaur waren zu ihrer Abschlussfahrt nach Berlin angereist.

Unter Leitung von Franziska Nimmler erwartete die Jugendlichen ein abwechslungsreiches Programm, um die Hauptstadt kennen zu lernen. Dabei standen politische Gesichtspunkte im Vordergrund. In diesem Zusammenhang durfte der Besuch des Bundestages nicht fehlen. Neben der Teilnahme an einer Plenarsitzung hatten die Schülerinnen und Schüler auch die Gelegenheit, Andreas Nick zu einem Gespräch zu treffen. Als Ehemaliger des Mons-Tabor-Gymnasium freute er sich besonders über den Besuch. Die Fragen umfassten den Ablauf der Sitzungswoche, die Tätigkeit im Auswärtigen Ausschuss und die Diskussion über aktuelle politische Themen. Andreas Nick betonte, dass ihm der Austausch mit jungen Menschen besonders wichtig sei, denn insbesondere vor der anstehenden Europawahl sei die Information über politische Zusammenhänge entscheidend.

Er wünschte allen noch einen schönen Aufenthalt und eine gute Rückreise.



PLENUM



In einer Akt. Stunde in Anschluss an die Befragung der Bundesregierung und die Fragestunde befasste sich der Bundestag mit dem Stand der Wirtschaftsverfassung in Deutschland.

Am Donnerstag stand die erste Beratung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes an. Die Pläne der Bundesregierung zur Einwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten wurden im Anschluss an die Ausschüsse überwiesen. Die Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr war ein weiterer Kernpunkt der Debatte. Durch den Gesetzentwurf soll der Dienst in der Bundeswehr durch eine Vielzahl an Maß-

nahmen attraktiver werden. Die Gesetzesinitiative sieht unter anderem vor, die Verwendungsmöglichkeiten von Reservisten und die Übernahme von Unteroffizieren in das Dienstverhältnis des Berufssoldaten zu erweitern. In insgesamt drei namentlichen Abstimmungen entschieden die Abgeordneten über die Verlängerung von Bundeswehrmandaten: zwei

Einsätze in Mali sowie der Einsatz in Somalia. Andreas Nick konnte als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss zum Bundeswehreinsatz in Mali im Plenum sprechen. Mit Debatten zu den Themen Städtebauförderung, östliche Partnerschaft der EU sowie einer Akt. Stunde zum globalen Report zur Artenvielfalt endete die Sitzungswoche in Berlin.

AUSSCHÜSSE



© Deutscher Bundestag / Marco Urban

Am Mittwoch beriet der Auswärtige Ausschuss, in dem Andreas Nick ordentliches Mitglied ist, über mehrere Berichte der Bundesregierung: zur Lage in Venezuela, zum deutschen Beitrag des Aufbaus der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte sowie zum Stand der Verhandlungen mit Albanien und Mazedonien über einen Beitritt zur EU.

Als Berichterstatter für Südamerika konnte Andreas Nick den Vertreter der Bundesregierung hierzu befragen. Weitere Themen: Anträge zu Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien sowie die

Kenntnisnahme von Vorlagen der EU-Kommission. In einer Sondersitzung wurde darüber hinaus die Verlängerung von drei Bundeswehrmissionen beschlossen. Auf der Tagesordnung des Unter-

ausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung standen die Berichte der Bundesregierung zu Internationalen Arbeitsorganisationen und zur Tätigkeit des Sicherheitsrates.

Besuch der Berichterstatterin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER), Baroness Doreen Massey of Darwen (Großbritannien), in Berlin



Andreas Nick begrüßte als Leiter der deutschen Delegation in der PV ER diese Woche Baroness Doreen Massey im Deutschen Bundestag.

Baroness Doreen Massey, Mitglied des House of Lords und Berichterstatterin des Sozialausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER), hielt sich vom 6. bis 7. Mai 2019 zu einem Informationsbesuch in Berlin auf.

Sie führte im Bundestag Gespräche mit Abgeordneten, mit Vertretern der Bundesregierung und von Nichtregierungsorganisationen sowie mit anderen Fachleuten über ihre beiden Berichtsthemen "Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt" und "Kinderschutz in der UN 2030 Agenda".

Andreas Nick dankte Baroness Massey für ihren Besuch und ihre gute Zusammenarbeit in der Versammlung.

Baroness Massey ist seit 2015 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung und gehört als Vertreterin der Labourpartei der SOC-Fraktion (Socialists, Democrats and Greens Group) in der Versammlung an.

VERANSTALTUNG 70 JAHRE EUROPARAT



Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Europarates luden diese Woche auch die finnische Botschaft, das Auswärtige Amt und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer gemeinsamen Veranstal-

der Europarat bei der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Kontinent vollbracht habe. Nach 1990 habe er zudem junge Demokratien an deren Standards herangeführt und somit einen

onsmechanismus etabliert werden. „Wenn Mitgliedstaaten in gravierender Weise gegen unsere Regeln verstoßen, müssen wir wirkungsvoll und in Übereinstimmung mit unseren Statuten reagieren können.“

Zum anderen müsse aber auch die zukünftige Finanzierung des Europarates auf ein solides Fundament gestellt werden. „Als Abgeordnete unserer nationalen Parlamente sollten wir daher die Initiative ergreifen, um gemeinsam einen Weg zu finden, möglicherweise ausbleibende Beitragszahlungen einzelner Mitgliedstaaten auszugleichen.“

Trotz aller Konflikte befand Nick aber auch: „Der Europarat ist und bleibt das ‚europäische Gewissen‘, wie bereits Konrad Adenauer einst feststellte.“



tung.

Andreas Nick diskutierte dabei als Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit Angelika Nussberger, Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck, ehemalige Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen. In der Diskussion skizzierte Andreas zunächst die große historische Leistung, welche

wesentlichen Beitrag zur Heranführung an die Europäische Union geleistet. Dennoch, so Nick, stehe der Europarat heute vor neuen Herausforderungen. Nick konstatierte hierbei Reformbedarf in zwei Bereichen: Erstens müsse ein neuer Sankti-



Interview bei Deutsche Welle zu Venezuela



Vergangene Woche war Andreas Nick für ein Schaltgespräch der Sendung "DW News" zu Gast im englischsprachigen Programm der Deutschen Welle zur aktuellen Lage in Venezuela. Als Lateinamerika-Berichtersteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion brachte Nick die Sorge über die weitere Verschärfung der Situation in Venezuela zum Ausdruck.

„Wir appellieren“, so Nick, „an alle Akteure, einer Eskalation der Gewalt im Land entgegenzuwirken. Erforderlich ist ein nationaler Dialog, um einen friedlichen Übergang zu ermöglichen hin zu freien und fairen Wahlen unter internationaler Aufsicht und nach internationalen Standards. Dafür



muss Nicolás Maduro den Weg freimachen. Deutschland hat sich von Anfang an sehr stark in der Krise in Venezuela engagiert und war unter den ersten Ländern, die Juan Guaidó als Interimspräsidenten im Sinne der venezolanischen Verfassung anerkannt haben. Wir müssen den Druck auf das Maduro-Regime weiter erhöhen. Dazu sollte auch die EU zielgerichtete Sanktionen gegen die Träger des Regimes und ihre Familien hinsichtlich Visa und sowie Vermögenswerten im Ausland verhängen.“

INTERVIEWS ZU 70 JAHREN EUROPARAT



Zuletzt hatte Dr. Andreas Nick die Gelegenheit, sich als Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung in gleich zwei Beiträgen für den Deutschlandfunk und das „Morgenecho“ von WDR5 zu äußern.

Dabei hat er anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Europarates vor allem die historische Leistung unterstrichen, die dieser bei der Heranführung junger Demokratien an die Standards von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit geleistet hat. Dieses offenbar nicht mehr so eindeutig geteilt, so Nick.

Dabei gilt: „Der Europarat verfügt über ein breites Instrumentarium: Das Monitoring-Verfahren der PV, die Gutachten der Venedig-Kommission, die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Dieses wird bislang jedoch im Falle von Problemen in Mitgliedsstaaten nicht immer ausreichend angewendet. Die aktuelle

Diskussion zwischen dem Ministerkomitee und der Parlamentarischen Versammlung ist also notwendig, damit wir in Zukunft ein noch robusteres Instrumentarium an der Hand haben.“

Eine der Bemühungen um eine mögliche Reform des Europarates geht von der finnischen Präsidentschaft im Ministerkomitee aus, die Andreas Nick unterstützt. Diese arbeite daran, einen neuen robusteren Sanktionsmechanismus einzuführen, der gemeinsam mit der PV getragen werde. Dabei müsse die Frage von Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten von der Frage der Akkreditierung eines Landes in der PV getrennt betrachtet werden, kommentierte Dr. Nick.

„Wir brauchen nicht nur eine Lex Russland, sondern wir brauchen insgesamt einen klaren Sanktionsmechanismus für den Europarat im Umgang mit Staaten, die ihre Anforderungen nicht erfüllen.“ Nur so könnten die anderen Staaten bei Problemen nachvoll-

ziehbar und in Einklang mit den gemeinsamen Statuten nach festgelegten Schemata handeln. Zuletzt betonte Andreas Nick, dass man in den Mitgliedsstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken müsse. Man habe sich über die letzten zehn bis fünfzehn Jahre vielleicht zu sehr mit der Frage individueller Rechte auseinandergesetzt, weil man an die institutionellen Fragen gedanklich einen Haken gemacht habe. Jetzt könne man aber feststellen, dass die individuellen Rechte in vielen Ländern auf Dauer nur dann wirksam geschützt werden könnten, wenn der institutionelle Rahmen mit Rechtsstaat und Demokratie in den Ländern selbst nicht angetastet werde.

Schauen Sie sich hier die beiden Beiträge an: [Deutschlandfunk](#) und [Morgenecho WDR5](#).



Bundeswahlleiter: Briefwahl jetzt beantragen



Wer bei der Wahl zum Europäischen Parlament am Sonntag, 26. Mai 2019, seine Stimme per Briefwahl abgeben möchte, sollte so schnell wie möglich bei seiner Gemeinde einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellen.

Der Antrag kann schriftlich oder mündlich, allerdings nicht telefonisch, gestellt werden. Möglich ist auch, den Antrag über das gegebenenfalls vorgehaltene Online-Formular im Internetangebot der Gemeindebehörde zustellen.

Wenn sich auf der Wahlbenachrichtigung ein entsprechender QR-Code befindet, kann dieser zur Antragstellung genutzt werden. Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss eine entsprechende schriftliche Vollmacht vorlegen. Ein Vordruck für den Antrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung.

Wahlschein und Briefwahlunterlagen können bis zum Freitag vor der Wahl, das heißt bis zum 24. Mai 2019 bis 18 Uhr beantragt werden, in besonderen Ausnahmefällen (zum Beispiel bei nachgewiesener kurzfristiger Erkrankung) auch noch bis zum Wahltag, dem 26. Mai 2019, bis 15 Uhr.

Wer seinen Antrag im Wahlamt abgibt, erhält die Briefwahlunterlagen sofort und kann noch im Wahlamt seine Stimme abgeben.

Die ausgefüllten Briefwahlunterlagen im roten Wahlbriefumschlag müssen spätestens bis zum Wahltag, 26. Mai 2019, bis 18 Uhr bei der auf dem Umschlag angegebenen Gemeindebehörde eingehen.

ISTANBUL SICHERHEITSKONFERENZ



Auch in diesem Jahr hatte Andreas Nick als Türkei-Berichterstatte der CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuss erneut Gelegenheit, an der Istanbul Security Conference (ISC) mitzuwirken. Dabei hat er gemeinsam mit dem stellvertretenden türkischen Außenminister und Verantwortlichen für die Beziehungen zur EU, Herrn Faruk Kaymakci, über den Stand des EU-Beitrittsprozesses mit der Türkei diskutiert. Der TV-Journalist Ali Aslan moderierte das Gespräch.

Dabei stellte Andreas Nick deutlich heraus, dass eine EU-Vollmitgliedschaft derzeit beiderseits keine realistische Perspektive sei. Trotzdem hat der Abgeordnete in der Debatte deutlich gemacht,

dass es nicht darum gehen könne, in den Verhandlungen mit der Türkei einseitig die Tür zuzuschlagen. Stattdessen solle man gemeinsam zunächst eine Perspektive zur Vertiefung der Beziehungen entwickeln, die auf realistischen Erwartungen beruhe. Diese solle vor allem Projekte umfas-

der Zivilgesellschaften. „Dafür ist es auch notwendig, die bestehenden Bindungen der Türkei an den Westen, etwa als Mitglied der NATO und des Europarates, beiderseits zu stärken und nicht zu schwächen“, so Nick. Die Istanbul Security Conference ist eine jährliche Veranstaltung



sen, die auch zeitnah umsetzbar seien: Etwa eine Modernisierung und Vertiefung der Zollunion, schrittweise Visa-Liberalisierungen sowie verstärkten Austausch

der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Baskent Universität. Unter den etwa 250 Teilnehmern waren diesmal neben acht Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch Bundespräsident a.D. Christian Wulff. So wurde verdeutlicht, welch starkes Interesse an einer engen und nachhaltigen Partnerschaft mit der Türkei von Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht.



Andreas Nick im Gespräch mit General Naumann (links) und Mustafa Yeneroglu (Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP)

Trauer um Gisela Adam-Busch

Mit großer Betroffenheit und Trauer erfuhr Andreas Nick vom Tod der Westerwälder Christdemokratin und Montabaurer Rechtsanwältin Gisela Adam-Busch:

„Gisela Adam-Busch wird mir als besonderer Mensch in Erinnerung bleiben. Sie hat stets leidenschaftlich in der Sache für ihre Überzeugung argumentiert, im kollegialen Umgang war sie verbindlich und verlässlich.“

Gisela Adam-Busch war seit 1975 Mitglied der CDU und hat sich neben ihrem hohen beruflichen Engagement als Rechtsanwältin und Mutter von vier Kindern in vielfältiger Weise verdient gemacht. Von 1989 bis 2009 war sie Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion und 15 Jahre deren stellvertretende Vorsitzende. Dem Kreisvorstand der Westerwälder Christdemokraten gehörte Gisela Adam-Busch viele Jahre in verschiedenen Funktionen an. Seit 1999 war sie Mitglied im Kreisvorstand der Frauen-Union im Westerwald und acht Jahre deren stellvertretende Vorsitzende. Auch im Bezirksvorstand der Frauen-Union war Gisela Adam-Busch aktiv. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesmütter war ihr stets ein Herzensanliegen. Sie engagierte sich im Westerwälder Bündnis für Familien, sowie im Verein für Sozial-Sponsoring Westerwald. Wir haben eine gute Freundin verloren.“

Impressum:

Bundestagsbüro

Dr. Andreas Nick MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (0 30) 227 73208

andreas.nick@bundestag.de

WAHLERGEBNISSE ISTANBUL

Gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, hat Andreas Nick am Dienstag als Türkei-Berichterstatter der Fraktion folgende Pressemitteilung abgegeben:

„Die Entscheidung des Hohen Wahlrats der Türkei, das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl in Istanbul nicht anzuerkennen, ist in keiner Weise nachvollziehbar.“

Der Kandidat der oppositionellen CHP hatte die Wahlen in einem transparenten und fairen Verfahren gewonnen. Wenn die Türkei



dingungen für freie und faire Wahlen sind im Vorfeld von Wahlen sicherzustellen und nicht im Nachhinein. Ebenso kritisieren wir scharf die Entscheidung des Hohen Wahlaus-

len in Istanbul umzusetzen. Freie, faire und transparente Wahlen sind das Herzstück jeder Demokratie. Mit ihrer Mitgliedschaft im Europarat und der NATO hat sich die Türkei diesen Werten und Prozessen verpflichtet.

Sollte es dennoch zu Neuwahlen kommen, müssen diese nach internationalen Standards und unter Wahlbeobachtung von OSZE, deren Menschenrechtsinstitution ODIHR und dem Europarat stattfinden.

Die türkische Bevölkerung hat einen Anspruch auf Wahlen im Einklang mit demokratischen Standards und geschützt durch einen stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen.“



den offenkundigen Wählerwillen bei demokratischen Wahlen nicht respektiert, entfernt sie sich von elementaren rechtsstaatlichen Grundprinzipien. Dies gibt uns Anlass zu größter Sorge, denn die Entscheidung schwächt das Vertrauen der türkischen Bevölkerung in demokratische Strukturen und Prozesse erheblich.

Die notwendigen Be-

schusses, jüngst gewählte Bürgermeister und Vertreter lokaler Gremien im Südosten des Landes nicht für ihre Ämter zuzulassen, obwohl diese vorher von der Wahlkommission auf ihre Wählbarkeit hin überprüft worden waren.

Wir fordern die türkische Regierung auf, den Wählerwillen zu respektieren und das Ergebnis der Bürgermeisterwah-

